



metallerin

Frauen im IG Metall Bezirk Mitte | August 2021

Liebe Kolleg*in,

es ist wieder soweit. In diesem Jahr sind wir aufgerufen, den neuen Bundestag und somit die neue Bundesregierung zu wählen.

Die Möglichkeit über die eigene Zukunft mitzuentcheiden!

Das ist gut, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind vielfältig. Noch immer ist die Bezahlung von Frauen und Männern ungleich, haben Frauen den Großteil der Sorgearbeit zu leisten und ist es schwer, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Frauen haben weniger Aufstiegschancen und sind überproportional von Altersarmut betroffen.

Weitere Themen sind: Bezahlbarer Wohnraum, ein gutes soziales Sicherungs-, Gesundheits- und Rentensystem. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben die Bedeutung eines gut ausgestatteten Sozialstaats und Gesundheitssystems nachdrücklich verdeutlicht. Die Lehre aus der Corona-Krise ist: Wir brauchen mehr und nicht weniger soziale Sicherheit!

Damit junge Menschen gut ausgebildet in ihr Leben starten können, brauchen wir ein Bildungssystem, das tatsächliche Chancengleichheit ermöglicht. Megathemen wie der Wandel der Arbeitswelt durch den Umbau der Industrie erfordern eine aktive Industrie- und Strukturpolitik. Arbeitsplätze, Industrie und Wertschöpfungsketten müssen erhalten bleiben. Nicht zuletzt erfordert der Klimawandel unser entschlossenes Handeln.

Für viele sorgt schon diese kurze Aufzählung für Resignation. Manche denken: »Die (Politiker*innen) machen was sie wollen« – »Ich will mich nicht nur mit Problemen befassen, irgendwer wird schon eine Lösung finden« oder »Woher soll ich wissen, welche Partei ich wählen soll« ...

Die Qual der Wahl?

Solche oder ähnliche Gedanken sind Dir nicht fremd? Vieles erscheint Dir viel zu kompliziert und Du hättest gerne ein Angebot an einfachen Lösungen?

Einfache Lösungen können wir Dir nicht bieten, weil es die nicht gibt. Aber wir wollen Dich unterstützen, einen Weg durch den Parteien-Dschungel zu finden, damit Du Deine Entscheidung treffen kannst. Wahlen sind eine wichtige Möglichkeit, über die Zukunft mitzuentcheiden.

Nutze Deine Stimme und wähle die Partei, die Deine Interessen umsetzen will.



Fragen stellen

hilft bei der Wahlentscheidung

Um eine Entscheidung treffen zu können, ist es hilfreich, wenn Du Dir zuerst einige Fragen stellst: **Welche Themen sind für mich wichtig?** Wenn Du Dir diese Fragen beantwortet hast, kannst Du sie mit den Aussagen der Parteien überprüfen. Sie lassen sich leicht im Internet finden.

Nicht jede*r hat die Zeit, mindestens die Wahl-Programme der großen Parteien zu lesen und sie miteinander zu vergleichen. Du willst Dir einen Überblick verschaffen, welche Themen, aus Sicht der IG Metall wichtig sind? Hier findest Du alle Themen: www.igmetall.de/wahl21

Dich interessieren vor allem sozialpolitische Themen? Dann findest Du hier Unterstützung: www.sopo-info.de. Dort sind die sozialpolitischen Forderungen der IG Metall im »Sopo-Check« den Vorstellungen der Parteien gegenübergestellt.



Welche Rolle soll der Staat übernehmen?

Aus Sicht von Beschäftigten ist ein aktiver Staat wichtig, ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln. Es geht um eine gute Infrastruktur, um Daseinsvorsorge und um die Sicherung von Grundbedürfnissen, um die Regulierung des gemeinsamen Lebens und Arbeitens und vieles andere mehr.

Die Vorstellungen der Parteien, welche Rolle der Staat übernehmen soll, gehen weit auseinander. Nicht immer formulieren sie das so, dass auf den ersten Blick zu entschlüsseln ist, was sich dahinter verbirgt.

...Schlanker Staat: Um die Aufgaben eines Staates im Sinne der Bevölkerung zu erfüllen, ist das keine Option. Ein handlungsfähiger Staat braucht finanzielle Polster!

...Bringen wir das Verhältnis von Privat und Staat wieder in eine die Leistungsbereitschaft fördernde Balance: Welche Leistungsbereitschaft soll hier gefördert werden? Das bedeutet nichts anderes als die Verlagerung der Kosten der staatlichen Sicherungssysteme auf die Beschäftigten. Die Forderungen nach weitreichenden Leis-

tungskürzungen in der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Rentenpolitik bündeln sich im Motto: »40 – kein Prozent mehr!«. Gemeint ist damit die Summe der Sozialversicherungsabgaben, die Unternehmen und Beschäftigte gemeinsam tragen. Kein Prozent mehr klingt harmlos. Aber es kündigt den harten Widerstand gegen eine Sozialpolitik an, die den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Gesundheitsschäden und Altersarmut mit hinreichenden Finanzmitteln ausstattet.

WAHL

Bedeutung:

Möglichkeit der Entscheidung; das Sichentscheiden zwischen zwei oder mehreren Möglichkeiten

...die Eigenverantwortung der Bürger*innen stärken: Ja, eigenverantwortlich wollen wir doch alle sein. Aber Vorsicht: Die Eigenverantwortung der Bürger*innen wird meist dann betont, wenn sich der Staat aus der Verantwortung ziehen soll, beispielsweise bei der Gesetzgebung zur Regulierung des Marktes und des Wettbewerbs oder der sozialen Sicherungssysteme.

Dahinter steckt die Philosophie, der Markt (Unternehmen) werde es schon richten. Klappt aber nicht, weil jedes Unternehmen

(oder die Eigentümer*innen, Aktienbesitzer*innen) vor allem eines will: Möglichst viel Gewinn erwirtschaften. Rechte von Beschäftigten oder die Zahlung von Sozialabgaben schmälern den Gewinn. Diese Vorstellungen teilen Parteien wie FDP, AfD, CDU/CSU.

...Bürokratieabbau: Auch hier sagen die meisten: Es wäre so viel einfacher, wenn... und Allen fällt ein Beispiel ein. Es gibt sicher Bereiche, die sich unter die Lupe nehmen lassen, ob eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands erforderlich ist.

Parteien, die sich den Bürokratieabbau auf die Fahnen schreiben, verfolgen aber meist andere Interessen: Abbau von Schutzrechten der Beschäftigten, damit die Unternehmen leichter agieren können. Beispiele sind: Reduzierung von Kündigungsschutz, keine Regulierung von Leiharbeit oder Beschäftigte können doch mit »ihrem« Arbeitgeber*in die Bedingungen selbst aushandeln. Das klappt dann schon...



Für echte Gleichstellung

Berufstätige Frauen tragen die Hauptlast der Sorgearbeit in der Familie. Und häufiger als ihre männlichen Kollegen werden sie gänzlich vom Arbeitsmarkt verdrängt. Partnerschaftliche Lebensmodelle geraten unter Druck. Die Entgelt- und Rentenlücke droht weiter zu wachsen.

Gleichstellung ist ein Gerechtigkeits Thema. Durch ungleiche Bezahlung und ungleiche Aufstiegschancen von Frauen und Männern werden Zwänge geschaffen. Sie entscheiden mit darüber, wer in Familien die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen übernimmt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für eine echte Wahlfreiheit wichtig.

Um die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben, brauchen wir ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, das auch in kleineren Betrieben wirkt und zertifizierte Prüfverfahren zur Pflicht macht. Und eine starke Tarifbindung ist eines der wirksamsten Mittel im Kampf gegen den Gender-Pay-Gap. Wir brauchen auch bessere Rahmenbedingungen für die Betreuung

von Kindern und die Pflege von Angehörigen.

Die berufliche Entwicklung von Frauen auf allen Ebenen muss durch den Ausbau von festen Quoten und die Stärkung von Mitbestimmungsrechten für Betriebsräte ausgebaut werden.

Steuerlich Umverteilen stärkt Beschäftigte Familien und den Staat, so das steuerpolitische Gesamtkonzept der Gewerkschaften. Bestandteil ist unter anderem die Abschaffung des Ehegattensplittings für neue Ehen. Das jetzige Splitting führt zu Fehlanreizen und muss durch eine sozial ausgleichende Familienförderung ersetzt werden. Dabei ist ein Bestandsschutz für bestehende Ehen enthalten.

Das DGB-Steuerkonzept und den Steuerrechner, der aufzeigt, wie man profitiert, gibt es hier:

www.dgb.de/OFe

**Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
Der Staat fördert die tatsächliche
Durchsetzung der Gleichberechtigung
von Frauen und Männern und wirkt auf
die Beseitigung bestehender Nachteile hin.**

(Artikel 3 Satz 2 Grundgesetz)

Die IG Metall fordert

- ▶ ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz,
- ▶ die Förderung der beruflichen Entwicklung von Frauen auf allen Ebenen, indem Frauenförderinstrumente verankert, Quotenregelungen für Aufsichtsräte und Vorstände auf mehr Unternehmen ausgeweitet und junge Frauen für MINT-Berufe begeistert werden,
- ▶ die Förderung der partnerschaftlichen Arbeitsteilung, indem jedes Kind bis 14 Jahre einen Ganztagsbetreuungsplatz erhält, nicht übertragbare Elterngeldmonate ausgebaut und eine zweiwöchige Vaterschaftsfreistellung direkt nach der Geburt eingeführt wird,
- ▶ mehr Mitbestimmung für Betriebsräte zur Gleichstellung und die Reduzierung steuerlicher Fehlanreize.



Wähl, was für dich zählt!

ARBEIT

Die IG Metall fordert

Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik

- ▶ Eingrenzung und Regulierung der Leiharbeit,
- ▶ Verbot sachgrundloser Befristungen,
- ▶ gesetzlich verankerte kollektive Fortgeltung der Tarifbindung bei Ausgliederung von Betrieben oder Betriebsteilen,
- ▶ Mindestlohn über 12 Euro/Std. und Verstärkung der Kontrollen,
- ▶ Einführung eines umfassenden Initiativ- und Mitbestimmungsrechts für Betriebsräte sowie Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Weiterbildung (Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen sowie der beruflichen Fortbildung und Neuorientierung),
- ▶ gesetzliche Verankerung von betrieblichen Weiterbildungsmentor*innen und deren Freistellungsansprüchen sowie flächendeckende Sicherung der unabhängigen Weiterbildungsberatung,
- ▶ Kurzarbeit zum Brückeninstrument in der Transformation weiterentwickeln – Einführung eines Transformationskurzarbei-

tergeldes, das Lohnersatz und die Kosten für eine berufliche Weiterbildung während der Kurzarbeit gewährleistet,

- ▶ Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung:
 - Verlängerung Bezugsdauer ALG I bis zu 36 Monate gestaffelt nach Alter und durch die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen,
 - Weiterentwicklung der Weiterbildungsprämien zu einem anrechnungsfreien Weiterbildungsgeld,
 - Hartz IV durch solidarische Grundversicherung überwinden.

... das wollen die Parteien

SPD, Linke und Grüne sind für Beschränkungen der Leiharbeit, Union und FDP nicht.

Mindestlohn von 12/Std. Euro fordern SPD und Grüne, Linke fordert 13/Std. Euro. Positive Bezugnahme auf Arbeitszeitverkürzung/4-Tage-Woche bei SPD, Grünen und Linken.

SPD und Grüne wollen Transformations-KuG/Qualifizierungs-KuG. Die Linke will ein »Weiterqualifizierungsgeld«. Auch die Union betont die Bedeutung von Weiterbildung. SPD und Grüne wollen Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung.

SPD, Linke und Grüne sind in unterschiedlichem Ausmaß für Reform von Hartz IV, Abschaffung/Zurückdrängen von Sanktionen, Verbesserung bei Vermögensanrechnung. Union und FDP sind für Beibehaltung der Sanktionen, Verbesserung von Hinzuverdienstregeln.

Flexibilisierung der Arbeitszeit bei CDU/CSU und FDP (wöchentliche Höchstarbeitszeit).

SPD für Arbeit, die besser zum Leben passt/ Ausschluss einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Linke für Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf max. 40 Stunden pro Woche. Grüne für bessere Kontrollmöglichkeiten, gegen Flexibilisierung zulasten der Beschäftigten.

FINANZIERUNG STAAT

Die IG Metall fordert

Eine gerechte Finanzierung:

- ▶ die Einführung einer progressiven Vermögensteuer für Vermögen, das über 1 Million Euro (Tarif für Singles) bzw. 2 Millionen Euro (Tarif für Ehegatten und Lebenspartner) hinausgeht,
- ▶ eine angemessene Besteuerung von Unternehmen: Statt weiterer Senkungen der Körperschaftssteuer soll eine höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen durchgesetzt werden,
- ▶ eine Reform der Einkommenssteuer. Sie ist das Kernelement eines umverteilenden Steuersystems,
- ▶ weitere wichtige steuerpolitische Stell-schrauben: eine Reform der Gewerbesteuer, die die kommunalen Einnahmen weniger konjunkturabhängig macht, eine Reform der Besteuerung von Ehegatten zugunsten von Familien.

Mehr wert, als er kostet: für einen starken Sozialstaat

- ▶ der Risiken zuverlässig absichert und Sicherheit im Wandel bietet:
 - keinen Deckel für Sozialabgaben,
 - paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Beschäftigte - alle rein ins Solidarsystem: Bürger- und Erwerbstätigenversicherung,
 - höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben.

... das wollen die Parteien

SPD und Grüne sehen eine Reform der Einkommenssteuer zur Entlastung geringer und mittlerer Einkommen vor, außerdem eine Vermögenssteuer. Beide Parteien sind damit recht nah an den Forderungen der IG Metall. Die Linke geht noch einen Schritt weiter, sie fordert zusätzlich eine Vermögensabgabe.

SPD, Grüne und Linke mit starken Akzenten auf sozialstaatlicher Aufgabe, »Sicherheit im Wandel« zu gewährleisten. Alle drei Parteien betonen in unterschiedlichen Varianten das Prinzip der Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege und wollen (zumindest) eine Erwerbstätigenversicherung in der Rente.

Union und FDP sind sich einig: Unternehmen sollen entlastet und Reiche nicht über eine Vermögenssteuer belastet werden. Der Soli soll abgeschafft werden, Steuererhöhungen werden generell abgelehnt. Union und FDP wollen die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln. Akzente gegen weitere Ausdehnung sozialstaatlicher Maßnahmen und Regelungen. Betonung der Förderung von Selbstbestimmung, Aufstiegsmöglichkeiten und Freiräumen.

Die AfD will Steuern senken, sich auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer) konzentrieren. Sie will verschiedene andere Steuerarten abschaffen, eine Vermögenssteuer kommt für sie nicht infrage.

MITBESTIMMUNG

Die IG Metall fordert

Neue Zeiten brauchen neue Schutzrechte:

- ▶ die politische Förderung der 4-Tage-Woche, z. B. durch Steuerfreiheit für Entgelt-Aufstockungen,
- ▶ Verbesserung lebensphasenorientierter Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitkonten,
- ▶ Hände weg von bestehenden Regelungen zur täglichen Höchstarbeitszeit (8 h) und den garantierten, ununterbrochenen Ruhezeiten (11 h),
- ▶ Klarstellung, dass sämtliche Arbeitszeiten erfasst und dokumentiert werden müssen
- ▶ wirksames Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte bei der Personalbemessung,
- ▶ verpflichtende qualifizierte Personalplanung für Unternehmen,

- ▶ Weiterentwicklung der Brückenteilzeit: Streichung der Schwellenwerte und Recht auf Aufstockung der Arbeitszeit.

... das wollen die Parteien

Die Union verweist auf das Betriebsräte-modernisierungsgesetz, will erhalten und sichern, von Ausbau der Mitbestimmung keine Rede. Die FDP umschifft das Thema gänzlich, die Positionen sind aber auch so bekannt: Alles, was die unternehmerischen Freiheit einschränkt, wird als hinderliche beschrieben.

SPD und Grüne stehen in weiten Teilen hinter den Forderungen der Gewerkschaften, sie wollen Mitbestimmungsrechte vor allem im Bereich der Qualifizierung ausbauen, sehen

auch die Notwendigkeit, Mitbestimmungs-umgehung einzudämmen und echte Parität herzustellen.

Die Linke geht mit ihren Forderungen teilweise noch über unsere Forderungen hinaus, sie will beispielsweise gesamte Belegschaften über wegweisende Entscheidungen im Aufsichtsrat abstimmen lassen.

Die AfD thematisiert die Mitbestimmung nur insoweit, dass »vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien« abzulehnen seien. Das gefährde den sozialen Frieden im Betrieb und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Keine Alternative für Beschäftigte

Wir wissen, dass möglicherweise nicht alle unsere Position zur AfD teilen werden. Uns ist es dennoch wichtig, klar zu sagen: die AfD ist für Beschäftigte keine Alternative!

Rassismus und Rechtsextremismus

Fester Bestandteil in der AfD: Auch wenn die rassistischen Pöbeleien von AfD-Politiker*innen öffentlich nicht mehr so schrill klingen wie früher, sollte klar sein: Die AfD ist eine rassistische und diskriminierende Partei.

Alter Wein in neuen Schläuchen: Um anschlussfähiger in Richtung Mitte der Gesellschaft zu sein, versteckt die »neue Rechte« ihren Rassismus heute in anderen Begriffen. Statt von »Rassen« spricht sie lieber von den kulturellen Identitäten der verschiedenen Völker. »Vermischung« unerwünscht.

Dahinterschauen: Teile der AfD bemühen sich vehement um einen bürgerlichen Anstrich und distanzieren sich (bei Bedarf) von rechtsextremen Aussagen – ohne aber die dahinterstehenden Positionen in Frage zu stellen.

Mehr als eine Rolle rückwärts

Das Familienbild der AfD: Ob auf Plakaten oder in Reden: Die AfD stellt die »klassische« Familie in den Vordergrund. Dass sie eine Rückkehr zu sehr konservativen Strukturen fordert, verwundert nicht. Allerdings ist das, was die AfD im Rahmen der Familienpolitik erreichen will, nicht konservativ: Es gleicht eher einer

Rückabwicklung allen Fortschritts der letzten 75 Jahre. Nach ihrer Vorstellung besteht eine Familie aus Mutter-Vater-Kindern, Leitbild soll die »3-Kind-Familie« sein. Das geht an der Vielfalt der Lebensplanungen komplett vorbei. Um ihre Vorstellungen zu verwirklichen, will sie eine »geburtenerhöhende« Familienpolitik durchsetzen. Dahinter steht nicht nur das überkommene »Frauen an den Herd«-Bild der 1950er Jahre, dahinter steht die gleiche Motivation, die Frauen einstmals das Mutterkreuz beschert hat. Denn die möglichst vielen Kinder sollen in erster Linie geboren werden, damit das deutsche Volk nicht ausstirbt.

Nicht mit uns!

Erfolge in der Gleichstellung und der Emanzipation dürfen nicht zurückgedreht werden. Die Corona-Krise war und ist genug an Rückabwicklung: Frauen tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, verdienen weniger und werden schneller vom Arbeitsmarkt verdrängt. Ausbildungswünsche und Lebensplanungen sind außerdem so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Feste Rollenbilder widersprechen dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Die IG Metall steht für Chancengleichheit und Gleichstellung. Für ein solidarisches Miteinander, für Förderung und Unterstützung, dort wo es nötig ist.

»Sozialer« Nationalismus

Ein diskriminierender Sozialstaat: Das Sozial-

staats-Verständnis der AfD ist eine Mischung aus neoliberaler »Leistungsdenken« und nationalistischer Engstirnigkeit.

Die Rentenpolitik der AfD: Die Rentenpolitik der AfD: Die Entscheidung über den Renteneintritt gehöre in die Hand des Einzelnen. Damit meint die AfD: Es muss jedem ermöglicht werden, »länger zu arbeiten und zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten«, aber nur im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber. Die Grundrente betrachten AfD-Politiker als Diskriminierung der Menschen, die ihre Rente »hart erarbeitet« haben. Damit unterstellt sie, dass Geringverdienende nicht hart arbeiten würden. Frei nach dem Motto: Altersarmut? Selbst schuld, hättest Du mal was »Anständiges« gearbeitet.

Positionieren

Wir stellen uns klar gegen Hetze und Diffamierung: Ob im Betrieb oder in der Gesellschaft – wir bleiben vielfältig!

Die IG Metall steht für eine Politik des fairen Wandels. Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Hetze zeigen wir die rote Karte!